

Dr. HANS HEINZ HELDMANN
RECHTSANWALT
D-61 DARMSTADT
JAHNSTRASSE 103

Anliegendes Schriftstück

wird hiermit

Herrn
Friedhelm Ernst
Darmstadt

EN 2
SE 6/1 (AUFGANG II)
9 67 91

Jul i 1973

Hochachtungsvoll

zur gefälligen Kenntnisnahme übersandt
mit der Bitte um - schriftliche - Stellungnahme - Rücksprache - Erledigung und Rückgabe

Termin - am - steht noch nicht an

Antwort erbeten bis

den 19.7.1973

H. 22 w, Obersendungszettel, Fassung XII. 68

Rechtsanwalt

Strafantrag nach §§ 185, 186 StGB

des Herrn Otto Denk, Chefredakteur der darmstädter
studentenzeitung (dsz),
6100 Darmstadt, Hochschulstraße 1

gegen

1. Herrn Dr. Kurt W. Reinhold,
Chefredakteur des Darmstädter Echo (DE),
2. Herrn Roland Hof, Chef vom Dienst des Darmstädter Echo (DE),
6100 Darmstadt, Holzhofallee 25-31.

In seiner Ausgabe vom 21.4.1973 hat das DE einen Artikel von
Herrn Heinz Winfried SABAIS veröffentlicht: "... aus Stalins
Papierkorb - Gegen linke Reaktionäre der 'studentenzeitung'".
In der redaktionellen Einleitung dieses Artikels heißt es,
Herr SABAIS habe mit ihm "zum Verhalten der Verantwortlichen
(der dsz) Stellung genommen". In seinem Brief vom 3.5.1973 an
die Redaktion der dsz schreibt Herr HOF, die Redaktion des DE
habe Herrn SABAIS um seine "Ausführungen ... gebeten".

Der Artikel richtet gegen die Redakteure der dsz die folgenden
Äußerungen:

"demokratiefeindliche Revolutionsideologie"
"Bezahlt da der Staat mit, den unsere sich mausernden Stalinchen ...
denunzieren, ohne sich zu schämen, kräftig in seine Kasse zu langen?"

2

"Artikelschreiber, die da auf fremde Kosten ihre Sondernummer
abziehen"

"Alles, was gegen die SPD, die parlamentarische Demokratie
und unseren Staat gesagt wird ..."

"Wir hatten das schon einmal im Lande, als die jungen revolu-
tionären Nazis die parlamentarische Demokratie stürzten und
allen einzelnen das Joch der 'Volksgemeinschaft' auferlegten."

"was die roten jungen Herren wollen, ist ... nach dem Sturz
der parlamentarischen Demokratie ..."

"Handvoll verböhrender Ideologen, die Gedankenschwäche durch
Radikalismus kompensieren will"

"Der blutige kommunistische Betrug an der Arbeiterklasse,
den wir als Leninismus-Stalinismus bezeichnen, soll noch
einmal wiederholt werden."

"Veränderung der Gesellschaft aus Willkür"

"Möchte-gerne-Revolutionären ... mit allen Mitteln zu einer
Erziehungsdiktatur zu kommen, in der die Politdenker die
herrschende Klasse sein wollen"

"Die Ideologie-Kapitalisten von heute wollen die Macht-Mono-
polisten von morgen sein. Sie bereiten sich mit Staats-
stipendien oder Papas Hilfe an der Hochschule auf ihre einge-
bildete Rolle vor. Allein die SPD ist da arg im Wege!

Also muß sie zersetzt und zerstört werden. Verräterisch für
den gigantischen Arbeiterbetrug, den die Revolutionsideologen
durchzuführen hoffen ..."

"Die Politdenker ziehen dagegen die Eigentumslosigkeit der
Arbeitnehmer vor, damit sie sich, wie sie hoffen, ihrer
ideologischen Fremdbestimmung ausliefern. Ist das der Fall,
kommen sie an die Macht, wird durch Verstaatlichung die ge-
samte Gesellschaft enteignet, d.h. der totalen Willkür
ausgeliefert."

"bieten sie eine Diktatur der Barbarei an."

Obgleich die Redaktion der dsz sich sogleich nach Publikation
jenes Artikels an die Redaktion des DE gewendet und die hier
zitierten Äußerungen gerügt hatte, hat die Redaktion des DE
in der Ausgabe vom 12.5.1973 einen Leserbrief von Herrn SABAIS
abgedruckt, der die Äußerungen enthält:

"Sondernummer der Darmstädter Studentenzeitung, in der die SPD verleumderisch herabgesetzt wurde"

"den kommunistischen Feinden der SPD und der parlamentarischen Demokratie".

Der Strafantrag bezieht sich auf die hier zitierten Äußerungen.

Herr DENK ist, als Chefredakteur der dsz, persönlich betroffen.

Herr Dr. REINHOLD als Chefredakteur und Herr HOF als Chef vom Dienst sind für diese Äußerungen strafrechtlich verantwortlich.

Dr. Heldmann
Rechtsanwalt

Anlage:

Vollmacht